

Ressort: News

Studie: Deutschem Staat droht Personalengpass

Berlin, 07.03.2017, 06:00 Uhr

GDN - Der deutsche Staat steuert in den nächsten Jahren auf den bisher größten Personalengpass zu. Bund, Länder und Kommunen werden immer größere Schwierigkeiten haben, ausreichend Fachkräfte zu finden: Im Jahr 2030 könnten insgesamt bis zu 816.000 Stellen im öffentlichen Dienst unbesetzt bleiben, berichtet die "Welt" unter Berufung auf eine Studie der Beratungsgesellschaft PricewaterhouseCoopers (PwC).

Betroffen sind demnach alle Bereiche der staatlichen Daseinsfürsorge, darunter Bildungseinrichtungen aller Art. Auch in der Gesundheitsvorsorge, der öffentlichen Verwaltung und bei der inneren Sicherheit könnten die Bürger die Einschränkungen zu spüren bekommen. "Die öffentliche Verwaltung ist besonders dienstleistungsintensiv. Die Industrie kann das Fehlen von Fachkräften bis zu einem gewissen Grad durch Automatisierung ausgleichen. Für Bund, Länder und Kommunen gilt das nicht", sagte Peter Detemple, Partner bei PricewaterhouseCoopers und Experte für den Öffentlichen Sektor. Bei Verwaltungsfachkräften werde es 2030 einen Engpass von 231.000 Personen geben. Würden die 45.400 fehlenden Bürokräfte dazugezählt, seien es sogar 276.400 Stellen. Knapp jede neunte Stelle in diesem Bereich könne wohl dauerhaft nicht besetzt werden. Der Studie zufolge werden in Deutschland auch 194.000 Lehrer fehlen. Ein zu geringeres Gehalt ist nur ein Aspekt des Fachkräftemangels. Zwar können Absolventen von MINT-Fächern, also in naturwissenschaftlich-technischen Berufen und Wirtschaftswissenschaftler in der Privatwirtschaft teilweise deutlich mehr verdienen. Doch bekommen zum Beispiel Techniker im öffentlichen Sektor mit einem Gehalt von durchschnittlich 3.455 Euro im Monat nur rund 150 Euro weniger als der Techniker-Durchschnitt aller Wirtschaftszweige, schreibt die "Welt". Bei einfacheren Tätigkeiten sind die Einkommensmöglichkeiten im öffentlichen Sektor oft sogar besser als anderswo. So verdienen Hilfsarbeiter beim Staat laut PricewaterhouseCoopers 2.458 Euro und damit ein Fünftel mehr als der Durchschnitt der Beschäftigten. "Grundsätzlich weist der öffentliche Dienst in Deutschland kein niedriges Gehaltsniveau auf", vermerken die Experten von PwC. In vielen Berufen mache sich indessen mehr und mehr der demografische Knick bemerkbar. Die Zahl der ausgebildeten Fachkräfte hinkt der Nachfrage hinterher. "Auch wenn die Studierendenzahlen in Deutschland zuletzt einen Rekord erreicht haben, drohen Absolventen in Deutschland bald knapp zu werden", heißt es in der Studie. Im Jahr 2030 werden dem öffentlichen Dienst demnach 320.000 Akademiker fehlen. Der absehbare Personalmangel trifft die verschiedenen Stufen des öffentlichen Sektors unterschiedlich hart. Während Bundesbehörden als Arbeitgeber relativ attraktiv sind, haben es Gemeinden und Städte schwer, gute Leute zu binden. Gerade in ländlichen Regionen könnte das die Qualität der öffentlichen Dienstleistungen beeinträchtigen.

Bericht online:

<https://www.germindailynews.com/bericht-86263/studie-deutschem-staat-droht-personalengpass.html>

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

United Press Association, Inc.
3651 Lindell Road, Suite D168

Las Vegas, NV 89103, USA
(702) 943.0321 Local
(702) 943.0233 Facsimile
info@unitedpressassociation.org
info@gna24.com
www.gna24.com